

10. Februar 2020

Larissa Weile
Talweg 80
8610 Uster



Wortmeldung der Grünen

An die Präsidentin des Gemeinderats
Frau Ursula Räuftlin
8610 Uster



Traktandum 7 – Motion 564/2019- Zeitgemässes Finanzierungsmodell für die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter in Uster

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende

Die Motion 564/2019 von Marco Ghelfi und mir verlangt, das Finanzierungsmodell der Stadt Uster für die familienergänzende Betreuung der Kinder im Vorschulalter anzupassen. Das aktuelle Finanzierungsmodell, welches seit dem Jahr 2003 unverändert ist, ist nicht mehr zeitgemäss. Am stossendsten am aktuellen Finanzierungsmodell ist die Tatsache, dass die sogenannten FEB-Institutionen, welche in den Genuss der städtischen Subventionen gelangen, keinen Unterschied zwischen Kindern aus beitragsberechtigten bzw. nicht beitragsberechtigten Familien machen. Das bedeutet faktisch, dass ein nicht beitragsberechtigtes Kind einem Kind, dessen Eltern grundsätzlich Anspruch auf Beiträge haben, einen Betreuungsplatz wegnehmen kann. Eltern in identischen Einkommens- und Vermögensverhältnissen gelangen also im einen Fall in den Genuss von städtischen Beiträgen, im anderen Fall jedoch nicht. Diese Ungleichbehandlung ist für uns inakzeptabel. Gerade Familien mit eher tiefen Einkommen sind auf finanzierbare Betreuungsplätze angewiesen. Der Anreiz, vor allem für Mütter, nach der Geburt eines Kindes rasch wieder einer Erwerbsarbeit nachzugehen, würde dadurch erwiesenermassen steigen, was der Stadt Uster mehr Steuereinnahmen einbringen würde. Weiter kritisieren wir am heutigen Modell, dass es die Steuermittel zu wenig zielgerichtet einsetzt. Die faktische Auslastung der Eltern durch Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Stellensuche findet heute gar keine Berücksichtigung bei der Definition der Anspruchsberechtigung.

Vom zukünftigen Finanzierungsmodell erwarten wir deshalb, dass es Eltern in identischen Einkommens- und Vermögensverhältnissen gleichbehandelt und zusätzliche Anspruchsvoraussetzungen berücksichtigt. Weiter fordern wir, dass für alle familienergänzenden Betreuungseinrichtungen auf dem Platze Uster gleich lange Spiesse geschaffen werden und beitragsberechtigte Eltern die Betreuungseinrichtung entsprechend auch frei wählen können. Mit diesen Anpassungen fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wovon auch die Wirtschaft in Form zusätzlicher Fachkräfte profitiert. Und Uster kann sich weiter als attraktiver Wohnort für Familien profilieren.

Die Bedenken des Stadtrates können wir nicht nachvollziehen, wäre die Stadt Uster doch bei weitem nicht die erste Gemeinde, welche ihr Finanzierungsmodell für die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter im Laufe der Zeit aktualisiert. Und noch nirgends hat eine Anpassung des Modells zu einem Abbau von Betreuungsplätzen geführt, ganz im Gegenteil.

Um aber zu verhindern, dass weitere 17 Jahre nichts passiert, bin ich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und danke dem Gemeinderat für dessen Annahme.

Larissa Weile Gemeinderätin Grüne